

SPD

10.000.000.000 Euro Regierung beschenkt Konzerne und Banken

»Fehler sind dazu da, dass man - wenn es irgend geht - aus ihnen lernt, bis zuletzt.« Willy Brandt

Die Unternehmenssteuerreform 2008 führt zu nachhaltigen Steuerausfällen von jährlich über 10 Milliarden Euro. Die höhere Mehrwertsteuer finanziert die resultierenden massiven Steuerausfälle (Quelle: Prof. Dr. Lorenz Jarras, Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung, in der Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages am 25. April 2007).

Im Klartext heißt das: SPD und CDU/CSU setzen munter die Umverteilung von unten nach oben fort. Die Bundesregierung holt sich mit der höheren Mehrwertsteuer bei den Bürgerinnen und Bürgern die Milliarden, die sie Konzernen und Banken mit der herabgesetzten Unternehmenssteuer hinterherwirft.

Sollte die Große Koalition nicht vor dem Herbst 2008 auseinanderbrechen, regiert die SPD ein Jahrzehnt lang ununterbrochen die Bundesrepublik. In den sozialdemokratischen Nachlass seit 1998 fallen:

- die Hartz-Gesetze;
- die Praxisgebühr;
- die Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer um 11 Prozent;
- sinkende Reallöhne;
- Nullrunden bei Renten und die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre;
- die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent;
- die Kürzung der Pendlerpauschale;
- die Gesundheitsreform 2007;
- die Senkung der Unternehmenssteuer 2008 sowie
- mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Umfragen sind eindeutig: Die Bevölkerung der Bundesrepublik will mehr soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und lehnt weitere Privatisierungen von öffentlichem Eigentum ab. Die deutsche Politik muss endlich den Interessen der Mehrheit Rechnung tragen.

Ganz oben an steht für DIE LINKE, die gesetzliche Rente wieder armutsfest zu machen. Der entscheidende Schritt gegen das dramatisch sinkende Rentenniveau ist die Aufhebung des Beitragssatzdogmas.

Wenn der Aufschwung von Dauer sein soll, muss die Niedriglohnpolitik korrigiert werden. Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn, so wie ihn die meisten europäischen Länder bereits haben. DIE LINKE plädiert dafür, 8 Euro als Lohnuntergrenze gesetzlich festzulegen.

Deutschland muss außenpolitisch die Dominanz des Militärischen zurückdrängen und das Völkerrecht wieder beachten. Mit Krieg ist Terror nicht in die Knie zu zwingen. Deshalb will DIE LINKE den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Eine Klimaschutzpolitik, deren Ziel höhere Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energien und die Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung ist, hilft nicht nur der Umwelt, sondern trägt auch dazu bei, Kriegen um Energie- und Wasservorräte den Boden zu entziehen.

www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G